A 013 Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen in geänderter Fassung

Bündnis für Klima, Umwelt und Arbeit:Wir brauchen einen „Green New Deal"!

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Klimawandel, endliche Ressourcen und Massenarbeitslosigkeit sind zentrale Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Als Antwort hierauf brauchen wir auch in Deutschland einen „Green New Deal", der den Umbau der Wirtschaft in Richtunfg auf umwelt- und klimafreundlichere Strukturen engagiert vorantreibt und dabei zusätzliche Arbeitsplätze schafft.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein „Bündnis für Klima, Umwelt und Arbeit" zu initiieren, das die Grundlagen für einen „Green New Deal" entwickelt. Einbezogen werden müssen – neben den Gewerkschaften – Arbeitgeberverbände, Umwelt- und Verbraucherverbände, Kirchen, Initiativen für globale Entwicklungszusammenarbeit und weitere gesellschaftliche Akteure.

Da Klimapolitik nicht nur nationale Politik ist, ist es darüber hinaus unverzichtbar, dass sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften mit großem Engagement an internationalen klimapolitischen Prozessen und Bündnissen beteiligen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind der Überzeugung, dass ein „Green New Deal" – und zwar beginnend auf nationaler Ebene - überfällig ist:

Der Klimawandel erfordert Anpassungsmaßnahmen, die großen Einfluss auf die Wirtschaft insgesamt und einzelne Sektoren haben werden. Wir wollen, dass die deutsche Klimapolitik klarere Vorstellungen über den Weg zu einer CO2-armen Wirtschaft entwickelt und zu einer erheblichen Senkung der Klimatreibhausgase beiträgt.

Gleichzeitig liegen in diesem Umstrukturierungsprozess Chancen für Arbeitnehmer. Umwelt- und Klimapolitik kann ein Motor für Innovation und Beschäftigung sein. Volkswirtschaften, die auf Effizienz und Ressourcenschonung setzen, werden die Gewinner des Umstrukturierungsprozesses sein. In den innovativen Branchen werden viele neue Arbeitsplätze entstehen. Neue Technologien und der Wille zu Veränderungen sind die Basis eines nachhaltigen Wirtschaftens und machen uns zukunftsfähig. Effiziente Umwelttechnologien bieten Standort- und Wettbewerbsvorteile. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien sind bis 2008 bereits 280.000 Arbeitsplätze entstanden. Eine Minderung der Treibhausgasemissionen geht in der Regel einher mit der Substitution von fossilen durch erneuerbare Energieträger, mit einer Steigerung der Energieeffizienz, mit Investitionen in effizientere Gebäude, Anlagen und Geräte sowie mit einer besseren Organisation, Wartung und Instandhaltung des Bestands. Der Import fossiler Energieträger wird also ersetzt durch Investitionen in überwiegend im Inland produzierte Güter und Dienstleistungen. Arbeitsplätze im Inland werden dadurch geschaffen. Ein konsequenter Umbau der Produktionsstrukturen hin zu Energie- und Ressourceneffizienz, Umwelttechnologien und Klimaschutz kann das durchschnittliche reale Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik im kommenden Jahrzehnt auf deutlich mehr als zwei Prozent pro Jahr erhöhen. Dies ist das Ergebnis der Studie „Wege aus der Wachstumskrise", die im Auftrage des Bundesumweltministeriums Mitte 2009 vorgelegt wurde. Dagegen ist bei einem Festhalten am bisherigen Wirtschaftsmodell lediglich eine schleppende wirtschaftliche Erholung mit einem durchschnittlichen Wachstum von jährlich kaum mehr als einem Prozent zu erwarten. Durch ein entschlossenes Umsteuern kann die Arbeitslosigkeit noch vor 2020 auf knapp zwei Millionen Menschen reduziert werden.

Eine sozial-ökologische Reformstrategie des „Green New Deals", die wirtschaftliche Effizienz, Ressourcen schonende Produktion, umweltgerechten Konsum und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet, ist mit Blick auf ökonomische, soziale und ökologische Entwicklungsmöglichkeiten erheblich erfolgreicher als Entwicklungsstrategien, die sich an den Leitpunkten Kostenentlastung für Unternehmen, niedrigere Löhne und schlanker Staat orientieren.

Es ist gesamtgesellschaftlich billiger, den Klimawandel aktiv zu bekämpfen als die Folgen einer „Weiter so!" - Politik bezahlen zu müssen. Die global erbrachte Wirtschaftsleistung würde durch einen ungebremsten Klimawandel um 20 Prozent einbrechen. Das sind jährlich 5,5 Billionen Euro.

Um das Klimaschutzziel einer max. Erderwärmung von 2°C zu erreichen, muss in Deutschland gegenüber 1990 der CO2-Ausstoß bis 2020 um 40% und bis 2050 um 85 % gesenkt werden. Hierfür ist ein klares, transparentes Ausstiegsszenario für die fossilen Brennstoffe zu entwickeln.

Es gilt, Energie einzusparen und effizienter zu nutzen. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung soll 2020 bei mindestens 40% und an der Wärmeerzeugung bei 20% liegen. Dieser Prozess muss auch in den nachfolgenden Jahren konsequent weiterbetrieben werden. Hierzu sind vor allem Investitionsprogramme für einen effizienteren Energieverbrauch, erneuerbare Energien und eine dezentrale Energiegewinnung (z. B. durch die energetische Sanierung von Gebäuden, Kraft-Wärme-Kopplung, Geothermie usw.) geeignet.

Für verschiedene Sektoren werden die klimapolitischen Anpassungsmaßnahmen negative Auswirkungen haben. Die Betroffenen bedürfen des besonderen Schutzes der Gesellschaft. Deshalb müssen faire Übergangsstrategien entworfen werden, die die Menschen nicht nur vor sozialem Abstieg und Armut schützen, sondern ihnen auch lebenswerte Zukunftsperspektiven und Beschäftigung bieten. Wir fordern hierfür konkrete Konzepte, die im Rahmen des „Green New Deals" entwickelt werden müssen.

Verursacher des Klimawandels sind in erster Linie die Industrienationen, deren CO2-pro-Kopf-Ausstoß deutlich über dem der Entwicklungs- und der Schwellenländer liegt. Die Industrienationen müssen auch im Sinne der internationalen Gerechtigkeit einen entsprechenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Eine intensive Kooperation mit den Schwellen- und Entwicklungsländern sowie Finanz- und Technologietransfers sind dafür unerlässlich.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich an einem Bündnis für Klima, Umwelt und Arbeit mit folgenden Positionen beteiligen:

I. Der Ausstoß von Treibhausgasen muss deutlich reduziert werden. Dazu bedarf es der zielgerichteten Weiterentwicklung des Integrierten Energie- und Klimaschutzprogramms, um den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen und die Energieeffizienz zu steigern. Wir brauchen keine Brückentechnologien wie z. B. Kernenergie, sondern einen schnelleren Ausbau der regenerativen Alternativen. Insgesamt muss die Struktur der Energieversorgung neu konzipiert werden, um eine höhere Dezentralisierung der Stromproduktion zu ermöglichen und damit die Anpassung an lokale Gegebenheiten und den effektiven Verbrauch sicherzustellen. Hierbei sollte vor allem das effiziente Kraft-Wärme-Kopplung-Netz ausgebaut werden. Es muss ein klares und nachhaltiges Bild einer CO2-armen Wirtschaft entwickelt werden, für die veränderte Produktions- und Konsumverhalten die Grundlage bilden werden.

II. Dies muss eingebettet werden in eine Strategie für nachhaltige Entwicklung, die einen Investitionsschub auslöst und einen konsequenten Umbau der Produktionsstrukturen hin zu Energie- und Ressourceneffizienz zur Folge hat. Eine mögliche Grundlage für eine solche Strategie wird z. B. im Gutachten „Wege aus der Wachstumskrise" beschrieben.

Konkrete Elemente einer solchen Strategie müssen u. a. sein:
a) Eine Verstetigung der Programme zur energetischen Sanierung von privaten und öffentlichen Gebäuden und die Aufstockung der Förderbeträge

b) Mehr Investitionen in alternative Transportsysteme und den Ausbau des Schienennetzes und öffentlichen Nahverkehrs. Die Privatisierung öffentlicher Verkehrsbetriebe ist nicht hilfreich.

c) Mehr Anreize für private und öffentliche Forschung in den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz.

III. Es muss ein klares Konzept für faire Übergangsstrategien und die Integration von sozialen Kriterien in alle Klimaanpassungspolitiken erarbeitet werden, um Anpassungsmaßnahmen stark betroffener Sektoren nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer auszutragen. Um dies zu realisieren müssen u. a. Bildungsprogramme, die Aus-, Weiter-, und informelle Bildung umfassen, schnell entwickelt und umgesetzt werden. Die Partizipation von Arbeitnehmern und Sozialpartnern auf betrieblicher, lokaler und nationaler Ebene muss erhalten und gesetzlich ausgebaut werden. Durch internationale Abkommen, die Klimaschutzmaßnahmen global vorschreiben, können energieintensive Produktionen am Abwandern in Schwellenländer gehindert werden.

IV. Deutschland mit seiner hohen Verantwortung für den Klimawandel muss einen fairen Anteil in Form von kurz- und langfristigen Finanz- und Technologietransfers übernehmen. Daher verlangen wir konkrete Zusagen von deutscher Seite in Bezug auf kurzfristige finanzielle Unterstützung bis 2012 und langfristige Unterstützung bis 2050, die nicht Teil der regulären entwicklungspolitischen Gelder sein darf, und auf Organisation von Technologietransfers. Die bisher von der EU zugesicherten Leistungen von 7,7 Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren für Entwicklungsländer sind zu gering.

V. Deutschland muss sich innerhalb der EU für einen funktionierenden, CO2-verringernden Emissionshandel und die Berücksichtigung der Klimaschutzziele in allen EU-Richtlinien einsetzen. Der bisherige Emissionshandel ist mit massiven Ungerechtigkeiten, Ineffizienzen und Marktverzerrungen verbunden. Unternehmen, die schon in der Vergangenheit die Luft verschmutzten, haben Emissionsrechte kostenlos bekommen. Damit die Knappheitsrente nicht als privater Profit an die Umweltverschmutzer geht sondern Innovationsprozesse anstößt und so der Allgemeinheit zugute kommt, sollten die Umweltverschmutzer die Emissionsrechte in einem transparenten, neutralen, marktgesteuerten Prozess erwerben müssen. Die Atmosphäre gehört allen Menschen, nicht wenigen Konzernen.

VI. Da die Landwirtschaft weltweit zum Klimawandel beiträgt und sie auch besonders stark von der Veränderung betroffen ist, ist eine nachhaltige Reform der europäischen Landwirtschaft (GAP) mit der Integration von strengeren ökologischen und der Einführung von so-zialen Kriterien unverzichtbar.